2021/41 Disko

https://www.jungle.world/artikel/2021/41/mehr-radikalitaet-wagen

Die Klimabewegung sollte sich mehr mit dem Kapitalismus befassen

Mehr Radikalität wagen

Disko Von **Maria Neuhauss**

Dem menschengemachten Klimawandel begegnet man angemessen, indem man das Problem an der Wurzel packt. Die heißt Kapitalismus.

Um sinnvoll diskutieren zu können, ob der menschengemachte Klimawandel radikale Aktionen rechtfertige und ein Hungerstreik darunter falle, müssen zunächst andere Fragen beantwortet werden: Ist ein Hungerstreik radikal? Was zeichnet eine radikale Aktion beziehungsweise Radikalität aus? Und wie ist der menschengemachte Klimawandel einzuschätzen, auf den sich der Hungerstreik bezieht?

Radikalität ist das Bestreben, gesellschaftliche und politische Probleme von Grund auf anzugehen (lateinisch radix, die Wurzel). Sie unterscheidet sich von einer Haltung oder Vorgehensweise, die das Problem lediglich oberflächlich behandeln will. Radikalität beruht somit darauf, sich ein klares Bild von dem Problem und dessen Ursachen zu verschaffen und diese Ursachen ohne Scheu zu thematisieren, auch wenn das unbequem sein sollte.

> Dem Klimawandel kann letztlich nur durch eine Beschränkung des menschlichen Energieverbrauchs begegnet werden. Das ist aber unvereinbar mit der kapitalistischen Produktionsweise.

Im allgemeinen Sprachgebrauch meint Radikalität aber häufig eher verkürzt, dass eine Haltung oder Aktion den Rahmen dessen überschreitet, was als normal erachtet wird. Der Begriff thematisiert eine für viele empörende Übertretung gesellschaftlicher Normen und Werte (»Das ist mir zu radikal«). Die Frage, ob radikale Aktionen in Anbetracht des menschengemachten Klimawandels gerechtfertigt seien, legt damit bereits ihre Verneinung nahe.

Die Aktion der Hungerstreikenden zielte genau auf eine solche Grenzüberschreitung. Der Streik sollte Aufsehen erregen, verstören und politisch Verantwortliche unter Druck setzen: Wäre der Forderung nicht nachgekommen worden, wären womöglich Bilder von zusammenbrechenden Jugendlichen mit den Kanzlerkandidaten und der Kanzlerkandidatin in Verbindung gebracht worden.

Bei einem Hungerstreik wird nicht nur eine Forderung mit einem Ultimatum verknüpft. Er vermittelt auch, wie ernst es einem mit der Sache ist. Die Bereitschaft, dem eigenen Körper Schaden zuzufügen, zeugt von Opferbereitschaft und Entschlossenheit, wenn nicht gar Verzweiflung – immerhin riskiert man bei einem Hungerstreik sein Leben. Was also trieb die jungen Leute dazu, zu diesem Mittel zu greifen?

In der Erklärung zu ihrem »Hungerstreik der letzten Generation« schreiben sie, dass die voranschreitende Erderwärmung und der Zusammenbruch bestehender Ökosysteme ihre Zukunft gefährde: Es gehe »um Leben und Tod für die junge Generation«. Zwar lägen die Lösungen für die Klimakrise auf dem Tisch, aber milliardenschwere Wirtschaftsinteressen blockierten den Wandel. Die Reformpläne der Parteien kritisieren sie als realitätsfremd. Als Angehörige der letzten Generation, die noch gegen den Klimawandel einschreiten könne, fordern sie die Einberufung eines »Bürger*innenrats« durch die Regierung, der Sofortmaßnahmen gegen die Klimakrise ergreifen solle.

Die Erklärung ist pathetisch, geradezu dramatisch gehalten, und ist damit gefundenes Fressen für Kritiker, die in der Klimabewegung vor allem Hysterie und Irrationalität walten sehen. Fabian Sänger sieht in dem Hungerstreik eine Aktion von Jugendlichen, die durch »ständig reproduzierte apokalyptische Ängste« psychisch belastet seien. Die Klimabewegung hinke der Realität in Sachen Kohleausstieg, der »längst beschlossen«, und Abschaffung von Autos mit Verbrennungsmotoren, die »auch Programm der Konzerne« sei, hinterher. Dass China »stark in Kohleverstromung investiert«, thematisiere sie nicht. Damit legt er nahe, dass ihre Proteste gleichsam gegenstandslos seien, also alles andere als radikal.

Man kann sich nicht des Eindrucks erwehren, dass trotz seit mittlerweile drei Jahren regelmäßig stattfindender Proteste von Schülerinnen und Schülern sowie Klimastreiks, mehrerer Umweltkatastrophen, die mit dem Klimawandel in Verbindung gebracht wurden, und öffentlicher Debatte immer noch nicht ganz verstanden worden ist, welche Ausmaße der Klimawandel hat und wie dringlich die Situation ist. Der nunmehr 6. Sachstandsbericht des Weltklimarats (IPCC) spricht eine deutliche Sprache: Eine Begrenzung des Temperaturanstiegs auf 1,5 Grad im Vergleich zur Periode vor der Industrialisierung, wie 2015 im Pariser Klimaabkommen beschlossen, lasse sich nur noch durch eine schnelle und drastische Reduktion des globalen CO2-Ausstoßes erreichen.

Da es bislang aber nicht einmal ansatzweise zu einer Reduktion der Emissionen gekommen ist, diese vielmehr weiter steigen, ist in der Frage, ob das 1,5-Grad-Ziel noch erreicht werden kann, Pessimismus angesagt. Sogar eine Beschränkung auf zwei Grad Temperaturanstieg kann aller Voraussicht nach nur noch durch weitreichende Maßnahmen erreicht werden, die in Anbetracht der derzeitigen Politik kaum realistisch erscheinen. Insgesamt geht der IPCC von einer deutlich schnelleren Erderwärmung aus als bislang angenommen.

Von schnellen und drastischen Eingriffen in den CO2-Ausstoß kann bei dem voriges Jahr vom Bundestag beschlossenen Kohleausstieg bis 2038 allerdings keine Rede sein. Ein Aus des Verbrennungsmotors ist bislang nicht beschlossen worden. Zudem stünden viele weitere Klimaschutzmaßnahmen an, zum Beispiel im Gebäudesektor oder in der

Landwirtschaft. Die Kritik der Klimabewegung, dass die bislang beschlossenen Reformen den Klimawandel nicht werden stoppen können, trifft zu.

Es stellt sich die Frage, was zu befürchten ist. Ein paar Jahre mehr oder weniger Kohleverstromung scheinen für Sänger den Braten nicht fett zu machen. Kommt es auf ein paar Grad mehr oder weniger also auch nicht an? Dem ist leider nicht so. Bereits eine - Erwärmung von zwei statt 1,5 Grad Celsius würde den Meeresspiegelanstieg erhöhen, das Ausbreitungsgebiet und die Dauer extremer Hitzewellen vergrößern sowie den Rückgang von Fischbeständen, Pflanzenarten und Insekten beschleunigen. Da der Mensch Teil eines komplexen Ökosystems und damit abhängig von seiner Umwelt ist, hätte dies auch Konsequenzen für sein Überleben. Schwindende Erträge in Land-, Viehwirtschaft und Fischerei, Hitzewellen, Stürme und Überflutungen stellen vor allem das Überleben derjenigen infrage, die bereits jetzt geringere Lebenschancen haben: die Landlosen, Kleinbauern und Slumbewohnerinnen im globalen Süden.

Aber auch der globale Norden bekommt die Folgen des Klimawandels häufiger zu spüren – Hitzewellen, Überschwemmungen, Dürren und Waldbrände mehren sich auch hier. Sollten klimatische Kipppunkte überschritten werden, was mit steigenden Temperaturen immer wahrscheinlicher wird, lässt sich zudem kaum vorhersagen, wie sich das Klima entwickeln wird. Menschliche Zivilisation ist aber eng an stabile klimatische Bedingungen geknüpft.

Es ist das Verdienst der Klimabewegung, der Öffentlichkeit zumindest ansatzweise die Dramatik der gegenwärtigen Situation deutlich gemacht zu haben. Während sie auf entschlossenes Handeln pocht, gehen die Jahre jedoch ohne nennenswerte Erfolge bei der Reduktion der CO2-Emissionen ins Land. In Anbetracht dessen beschwören Konservative das Szenario einer sich radikalisierenden Klimabewegung herauf. Dass der Staat nicht in der Lage ist, die Proteste durch angemessene Klimaschutzmaßnahmen wieder einzufangen, wird aus Perspektive des häufig bemühten »gesellschaftlichen Zusammenhalts« zum Problem.

Tatsächlich sollte sich die Klimabewegung die Frage stellen, wieso ihre Proteste bislang so wirkungslos geblieben sind. Die Hungerstreikenden benennen in ihrer Erklärung Wirtschaftsinteressen als Hindernis für Maßnahmen gegen den Klimawandel, doch diese Interessen werden nicht genauer bestimmt. Zudem richten sie sich an die Kanzlerkandidaten und die Kanzlerkandidatin, obwohl sie doch kontinuierlich von deren Parteien enttäuscht werden. Könnten diese sich potentiell gegen Wirtschaftsinteressen durchsetzen? Und wenn ja, wieso geschieht dies trotz sich jährlich verschlechternder Klimaprognosen nicht?

Hier sollte die Klimabewegung mehr Radikalität wagen, indem sie das Problem an der Wurzel packt: Dazu muss sie die Ursachen des Klimawandels sowie des ungenügenden Gegensteuerns erfassen. Letztlich wird die Konsequenz zu ziehen sein, dass dem Klimawandel nur durch eine Beschränkung des menschlichen Energieverbrauchs begegnet werden kann. Das ist aber unvereinbar mit der kapitalistischen Produktionsweise.

Verbunden mit dieser Einsicht wäre eine Abkehr von moralischen Appellen an politisch Verantwortliche. An deren Stelle hätte mehr, viel mehr Druck von unten zu treten. Dazu müsste die Bewegung allerdings ihre bisherigen Schranken überwinden – als Wegweiser

kann die Vorgehensweise einiger Gruppen von Students for Future dienen, die Brücken zu schlagen versuchen zu Arbeitskämpfen in der Automobilindustrie oder im ÖPNV.

Die Bewegung in diesem Sinne weiterzuentwickeln, kann allerdings nicht einfach den klimabewegten Jugendlichen überantwortet werden. Hier sind alle gefragt, die wollen, dass alle Menschen ein gutes Auskommen auf der Erde finden können.

© Jungle World Verlags GmbH